

ALDI

Millionen vom Staat

Der Discount-Riese Aldi hat allein in den Jahren 2009 bis 2011 mehr als vier Millionen Euro Subventionen vom Bundesamt für Güterverkehr (BAG) bekommen. So wurden die Regionalgesellschaften von Aldi Süd mit 1,75 Millionen Euro aus dem Programm De-minimis gefördert. Das Programm richtet sich an Unternehmen des Güterkraftverkehrs, „die bestimmte Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit oder zum Schutz der Umwelt durchführen“. Außerdem bekam Aldi Süd 876 841,66 Euro für Weiterbildungsmaßnahmen. Aldi Nord erhielt ebenfalls 1,65 Millionen Euro aus dem De-minimis-Programm, allerdings kein Geld für Weiterbildung. Dass Aldi eigentlich ein Handelsunternehmen ist, spielt nach Angaben des BAG keine Rolle: Die Programme dienen dem Ausgleich für die Maut-Zahlungen; da Aldi auch über einen großen Fuhrpark verfüge, gelte es als „Werkverkehrsunternehmen“ und sei damit förderberechtigt. Aldi macht weltweit einen Umsatz von rund 57 Milliarden Euro, der Gewinn wird auf mehrere hundert Millionen Euro geschätzt.



Aldi-Süd-Filiale

FALK HELLER / ARGUM / DER SPIEGEL

HOLZWIRTSCHAFT

Schräge Töne

Musiker und Instrumentenhändler sind derzeit in Aufruhr. Seit kurzem forcieren die Umweltbehörden das bereits 1992 erlassene Internationale Washingtoner Artenschutzübereinkommen. Darin wurde Rio Palisander in die höchste Schutzstufe eingeordnet. Das Edelholz wurde bis dato re-

gelmäßig für Gitarren verwendet. Razien beim US-Gitarrenhersteller Gibson 2009 und 2011 ergaben, dass dort immer noch Rio Palisander verwendet wird, mutmaßlich aus illegalen Abholungen. Auch der Hamburger Holzhändler Theodor Nagel, mittlerweile insolvent, hatte Gibson damit beliefert. Das alarmierte offenbar die Hamburger Umweltbehörde: Sie kontrolliert derzeit Musikgeschäfte auf der Suche nach der heißen Ware. Für Instrumente, die mit Rio Palisander hergestellt

wurden, benötigen Händler eine Vermarktungsgenehmigung und den Nachweis einer rechtmäßigen Herkunft und legalen Einfuhr. Palisanderhaltige Gitarren, die vor 1992 gebaut wurden, benötigen ebenfalls eine solche Genehmigung, wenn sie gehandelt oder kommerziell genutzt werden. Ansonsten könnten sie etwa bei Konzerten beschlagnahmt werden. Sänger Peter Maffay reagierte sofort: Vor Tourneestart will er alle Gitarren seiner Band offiziell registrieren lassen.



Solarmodulproduktion bei Suntech

PETER PARKS / AFP (GR.); FALK HELLER / ARGUM (KL.)

SOLARENERGIE

„Nie unter Produktionskosten“

Jerry Stokes, 50, Europa-Chef des weltgrößten Solarmodulherstellers Suntech, über die Dumping-Klage gegen seine Firma und weitere chinesische Billiganbieter



SPIEGEL: Die Kläger um die deutsche Firma Solarworld haben auch Ihre Firma wegen Dumping-Preisen bei der EU-Kommission angezeigt. Bereiten Sie jetzt den Gegenschlag vor?

Stokes: Nein, wir bedauern das und werden der EU-Kommission alle nötigen Informationen zur Verfügung stellen. Wir sind ein börsennotiertes Unternehmen, unsere Finanzierung und Bücher liegen offen und werden von Wirtschaftsprüfern geprüft.

SPIEGEL: Was haben die staatlichen Hilfen für Ihre Branche in China noch mit freiem Markt zu tun?

Stokes: Es ist ein Vorurteil, dass private chinesische Firmen wie wir staatlich gelenkt würden. Wir sind global tätig, unsere Kreditbedingungen sind mit denen westlicher Firmen vergleichbar.

SPIEGEL: Ihr Firmengründer Zhengrong Shi sagte 2009, Suntech verkaufe seine Panels in den USA unter Fertigungs- und Transportkosten.

Stokes: Wir haben nie unter Produktionskosten verkauft. Wir hatten enorme Anlaufkosten in einem sich träge entwickelnden US-Markt, so dass wir dort zeitweise kein Geld verdienten.

SPIEGEL: Gerade haben chinesische Behörden die Schulden einer großen Solarfirma übernommen. In den USA werden deshalb bereits Strafzölle auf chinesische Solarprodukte erhoben.

Stokes: Die Zölle gelten nur vorläufig bis zu einer Entscheidung Ende des Jahres. Für Suntech können wir sagen: Wir haben keine handelswidrigen oder illegalen Hilfen erhalten.

SPIEGEL: Welche Konsequenzen hätten Strafzölle der EU?

Stokes: Dadurch würde die gesamte Branche, aber auch Installateure und Verbraucher belastet: Die Energiewende würde teurer, Tausende Arbeitsplätze wären bedroht. Wir kaufen jedes Jahr für Hunderte Millionen Euro Material und Maschinen aus Europa.